

Sächsische Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschreiber: Redaktion Dresden
Büro im Redaktionsgebäude: Nr. 20911
Schriftleitung u. Hauptherausgeber:
Dresden - A. L. Marienstraße 58/42

Besitzerschaft bei Höchst zulässiger Ausstellung monatlich 1,40 M., einschließlich 80 Pg. für
Druckkosten, durch Goldberg 1,40 M., einschließlich 50 Pg. Postgebühr (ohne Postabstempelgebühr)
bei sonst wöchentlichem Besuch. Einzelnummer 10 Pg. Anzeigenpreise: Die einzelne 50 mm
breite Seite ab 10 Pg., für darüber 10 Pg. Sammlungsangebote und Sonderangebote ohne Rabatt
10 Pg., außerhalb 25 Pg., die 50 mm breite Reklameseite 200 Pg., darüber 250 Pg. Offizielle
Anzeige 50 Pg. Zuständige Anträge gegen Herausgabe.

Druck u. Verlag: Eberhard & Reichardt,
Dresden, Postfach 1008 Dresden,
Reichardt nur mit dem Quellenangabe
(Dresden, Radebeul) zuwählen. Unerlaubte
Werbeanzeigen werden nicht aufbewahrt.

Regierungsbildung wieder gescheitert

Verlauf im Sächsischen Landtag

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl

46 Stimmen für Dr. Krug von Nidda

Zur Unfruchtbarkeit verurteilt durch die Eigenart seiner Zusammenfassung und jeder Lösung der jährländlichen Kriege abhol mit einer Minderheit, die gerade an die Mehrheit kreist, wodurch sich der Sächsische Landtag heute wieder — zum zweiten Male eigentlich? — mit den Schicksalsfragen jeden Parlaments befasst: Regierungsbildung oder Auflösung? Noch eine Stunde vor Beginn der Sitzung verhandeln die Parteien im interfraktionellen Ausschuss, aber mit der Gewissheit, daß die Aufgabe, auch wenn sie sich bis zum letzten Punkt untereinander einigen, doch unlösbar bleibt. Gegen die Regierung der Rechten, die einzige, die im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten überhaupt noch in Frage kommt, straubt sich die kleine demokratisch-volksnationale Gruppe aus Sachsen gegen die Nationalsozialisten. Und wie soll ihr Widerstand gebrochen werden, wenn nicht durch ein neues Volksurteil über diesen Stein des Anstoßes aus dem Weg der politischen Entwicklung, die in Wirklichkeit längst darüber hinweggegangen ist. Aber den Mut zur Auflösung bringen wieder nur diejenigen Parteien auf, die sich auf Grund dieser Entwicklung einen Gewinn davon versprechen dürfen. Die anderen zaudern noch und schwanken vor dem Schritt ins Ungewisse, der zwar die reinliche Scheidung, vielleicht aber auch den eigenen Untergang bedeuten kann. Keine der vorgeschlagenen Lösungen vermag die Mehrheit von 49 Stimmen zu vereinigen. Der Verlauf dieser Sitzung und die Ergebnislosigkeit der Abstimmungen ist damit von vornherein wieder besiegelt.

Was tut ein Parlament in solcher Verlegenheit? Es befindet sich auf den Ursprung seines Namens und redet. Dringt leerer Stroh und wiederholt hundertmal schon gesagtes, um am Ende nichts zu tun. Zuerst erhält der unvermeidliche Abgeordnete Edel von der Sozialdemokratie eine verspätete oder vielleicht verfrühte Wahlrede gegen die Nationalsozialisten. Das einzige Positive seiner Darlegungen bleibt die Erklärung, daß sich seine Partei dem Antrage auf Landtagsauflösung verfügen wird. Vergleichbar verbirgt er die Angst vor dem nächsten Wahlausfall, die nur zu deutlich aus diesem Entschluß spricht, hinter polternden Ausfällen gegen die kommunistischen Brüder in Marx.

Für die bürgerlichen Parteien schlägt der Abg. Kaiser den Deutschnationalen Dr. Krug von Nidda zum Ministerpräsidenten vor. Dieser einzige positive Teil der Abstimmung ist in zwei Minuten erledigt.

Dann steht der Kommunist Sindermann auf die Tribüne und die Phrasen nimmt von neuem das Wort. Politische Bedeutung kommt erst wieder den Erklärungen der folgenden Redner der Demokraten und der Volksnationalen zu, weil diese mit ihren fünf Stimmen die Entscheidung in der Hand haben. Dr. Dehne plädiert gegen den Sinn der Demokratie für vorläufigen Verzicht auf eine parlamentarische Regierung in Sachsen unter Hinweis auf die zweifelhafte politische Lage im Reich. So viel Worte, so viel Ausflüchte, um die Ablehnung einer ausgesprochenen Regierung staatlich-politisch zu verschleiern. Der Rest ist wieder eine Philippsepe gegen die Hitlerseite, die sich als Zielscheibe aller Angriffe sieht. Geht führen. Die Stimmen der Demokraten werden bei der Wahl nach Dr. Dehne dem Innenminister Richter aufallen.

Zum Schlusse seiner Rede entschläpft Dr. Dehne noch einige interessante Ausführungen über seine unverminderte Vorliebe für die Sozialdemokratie, die auf der rechten Seite des Hauses mit schallender Heiterkeit aufgenommen werden. — Der Volksationale Lasse unterstreicht die Ausführungen des demokratischen Freunden und beharrt im Übrigen auf der Position, die er von Anfang an in der Regierungsfrage eingenommen hat. Damit ist der Ausfall des nachfolgenden Wahlausfalls im negativen Sinne schon vorweggenommen. Die Abstimmung ist nur mehr eine leere Formalität.

Der Sitzungsverlauf

Dresden, 7. Oktober 1930.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages enthält nur zwei, dafür aber außerordentlich wichtige Punkte: Ministerpräsidentenwahl und Beratung der Auflösungsanträge der Kommunisten und Nationalsozialisten. Der Andrang zu den öffentlichen Tribünen ist schon lange vor Beginn der Sitzung sehr stark.

Wenige Minuten nach 1 Uhr eröffnet Präsident Wedel die Verhandlungen. Zur

Wahl des Ministerpräsidenten

nimmt an erster Stelle der Vertreter der Sozialdemokraten, Abg. Edel, Stellung. Die Wahl soll durch die Drohung mit der Landtagsauflösung erzwungen werden. Das sei ein Repressionsmanöver. Der Redner wendet sich gegen die Nationalsozialisten, deren Bäume nicht in den Himmel wachsen würden. Sie seien die Büttel im Kampfe gegen die Arbeiterschaft, die Kommunisten aber freuen sich, Zutreiber

dienste leisten zu können. Ganz besonders amüsant sei es, daß ausgerechnet Gregor Strasser dazu aufersehen sei, uns in Sachsen zu beschützen. Die Sozialdemokratie werde bis zum letzten für die Interessen der Arbeiterschaft kämpfen. Gewiß sei eine geschäftsführende Regierung ein bedauerlicher Zwitterzustand, aber in ihr charakterisierten sich die Übereinstimmungen der Parteien, eine Regierung gegen die arbeitenden Massen zu bilden.

Daher lehnten die Sozialdemokraten die kommunistische Taktik ab, den Landtag aufzulösen.

Erst müsse die Frage beantwortet werden: Was geschieht nach der Wahl? Dann behält sich der Redner mit den Kommunisten, die mit dem niedrigen Mittel der Demagogie operieren. Ost unterbrochen durch stürmische Zurufe der äußersten Linken, geht Edel auch auf Sovjetrussland ein, das den Sozialismus in der ganzen Welt diskreditiere. Dort gebe es Hunderttausende und Terror.

Der Präsident muß den Kommunisten und Nationalsozialisten wiederholt Ordnungsrufe erteilen.

Der Redner betont zum Schlusse, daß die Sozialdemokratie eine Mitwirkung bei der Regierungsbildung zugesagt habe auf der Grundlage eines Programms, das den Interessen der Minderbemittelten diene. Daran etwas zu ändern, habe keine Fraktion keinen Grund. Durch den Vorschlag eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten befunde die Sozialdemokratie, daß sie gewählt sei, die Verantwortung für die Führung der Geschäfte zu übernehmen. Die Bildung einer nationalsozialistischen Regierung zu fördern, habe seine Fraktion ebenfalls keinen Grund. Die Sozialdemokratie sei bereit auch zum außerparlamentarischen Kampf.

Abg. Kaiser (Wirtsch.) gibt eine

Erklärung der bürgerlichen Parteien

mit Einschluß der Nationalsozialisten, aber mit Ausnahme der Demokraten und Volksnationalen ab. Diese Parteien hätten sich geeinigt, als

Ministerpräsidenten Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein vorzuschlagen. Dann weist der Redner Angriffe des Abg. Edel auf Abgeordnete der Wirtschaftspartei zurück.

Abg. Sindermann (Comm.) verliest eine sehr lange Erklärung seiner Partei, in der er die Absichten der bürgerlichen Parteien, eine Regierung zu bilden, als einen weiteren Schritt zur Verstärkung des Kampfes gegen die Arbeiterschaft bezeichnet. Die Kommunisten würden ihren eigenen Kandidaten vorschlagen. Sie wollten damit das demagogische Manöver der übrigen Parteien im Landtage durchkreuzen und forderten die Auflösung des Landtages.

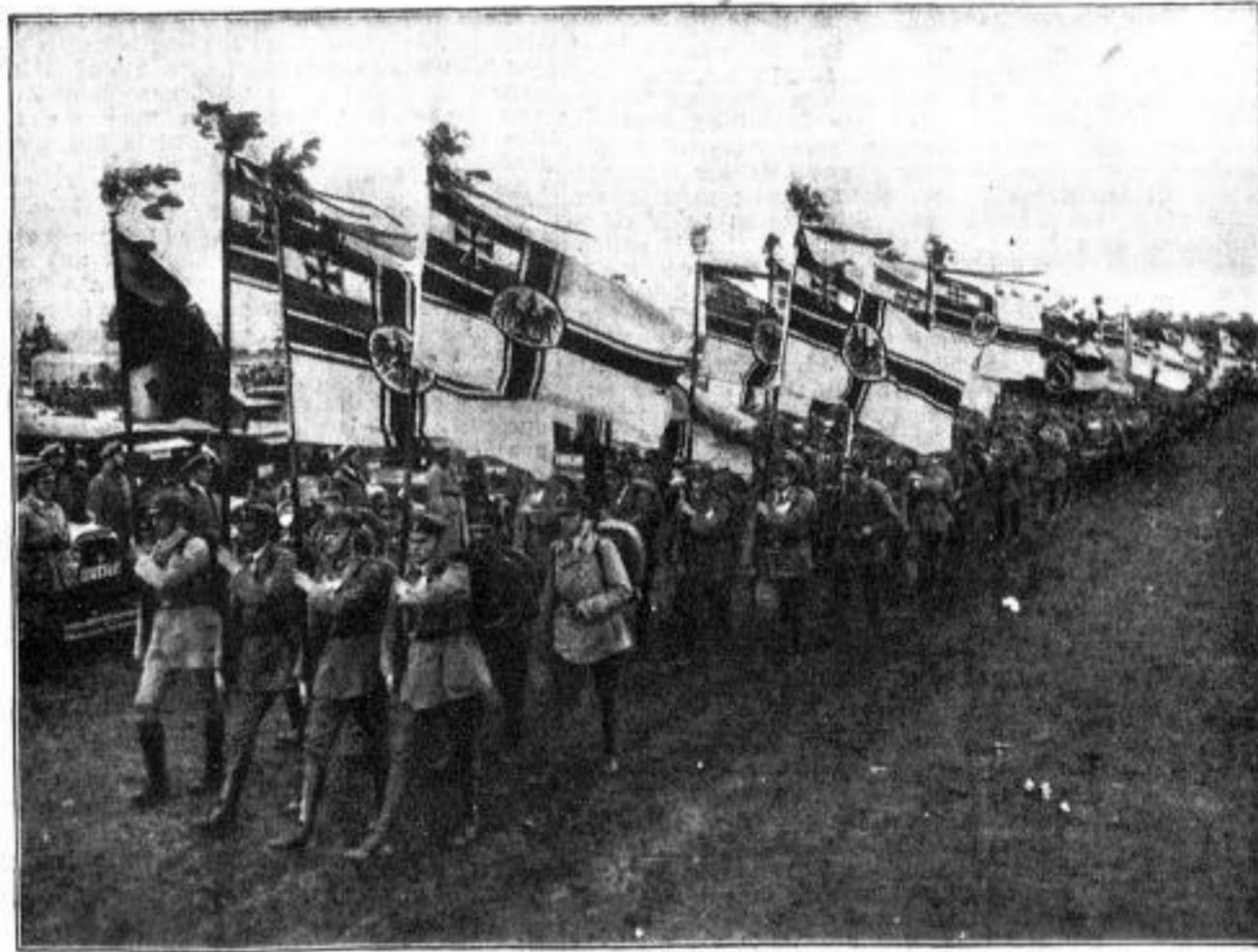
Abg. Dr. Dehne (Dem.): Seine Partei habe die Ansicht vertreten, daß die Zeit zur Regierungsbildung in

Vom Stahlhelmtag in Koblenz



Scenische

Die Bundesführer Seelde (links) und Duesterberg während der Helden-Gedenkfeier auf der Rathaus in Koblenz



Photothek

Der Einmarsch der Fahnen